

# Autofahren oder der Ukraine helfen?

**Welche Strategie gegen Putins fossilen Supermarkt? Die Internationale Energieagentur, der Wachhund der OECD-Staaten, fordert dringlich zu Energiesparmaßnahmen auf. Doch die Energiepolitik der Bundesregierung bleibt einseitig und angebotsorientiert.**

*Von Manfred Kriener*

Der bestialische Krieg in der Ukraine nimmt kein Ende. An jedem Tag sind wir mit neuen Schreckensbildern konfrontiert und an jedem Tag stellt sich immer drängender die Frage, was wir jenseits von Waffenlieferungen und blaugelben Fähnchen tun können, um dazu beizutragen, diesen Krieg zu beenden oder zumindest Putin zu schwächen. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht die Energie- und Rohstoffversorgung mit einer bestürzenden Abhängigkeit von russischen Lieferungen bei Gas, Öl, Kohle, Nickel, Aluminium, Düngemitteln, um nur die wichtigsten Posten zu nennen. Wie können wir jenseits von Atom- und Kohleausstieg jetzt den Putin-Ausstieg bewerkstelligen? Geht das überhaupt?

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Herausforderung ist, bis auf einige unverbindliche Aufforderungen zum Energiesparen, extrem einseitig und ausschließlich angebotsorientiert. Die von Wirtschaftsminister Robert Habeck angekündigte Kampagne zum Energiesparen („Zehn Prozent gehen immer“) ist nicht in Sicht. Stattdessen wurde in hektischer Reisediplomatie versucht, den Anbieter A (Russland) durch mehr fossile Lieferungen der Anbieter B, C und D zu ersetzen. Einbetoniert in unseren ressourcenfressenden Lebensstil soll alles so bleiben, wie es ist. Selbst minimale Zumutungen, etwa durch höhere Spritpreise, werden sofort durch Entlastungszahlungen ausgeglichen, was den Benzinverbrauch neu stimuliert und damit die Abhängigkeit von russischen Importen wieder erhöht. Gleichzeitig beschleunigt die Bundesregierung in einer Art Marshallplan den Ausbau von Solar- und Windenergie – das zumindest ist Konsens.

Umrahmt wird diese Strategie von folkloristisch anmutenden Vorschlägen einschlägiger Interessengruppen, im Wattenmeer nach Öl zu bohren, in Niedersachsen Fracking-Programme aufzulegen oder die Atomkraft wiederzubeleben. Eine zusätzliche deutsche Ölförderung im Naturschutzgebiet Wattenmeer könnte mit viel Glück vielleicht 0,5 Prozent des Bedarfs decken. Heimisches Fracking würde frühestens in zehn Jahren erste Kleinportionen an Erdgas liefern. Die Wiederbelebung der Atomkraft ist riskant, extrem unwirtschaftlich, langwierig und in der Bevölkerung so wenig durchsetzbar wie Fracking und andere Hirngespinnste.

Das Substitutionskalkül – ersetze bis Ende 2024 russische Anbieter durch andere – erscheint zunächst logisch, es wird aber Putin nicht schwächen. Der Blick auf den globalen Energiemarkt entlarvt die Selbsttäuschung dieser Strategie, weil das Angebot erstens äußerst knapp ist und Putin zweitens keinesfalls auf seinen Rohstoffen „sitzen bleiben“ wird. Denn Russland ist nicht, wie immer wieder behauptet, in der Weltgemeinschaft komplett isoliert. Die westlichen Sanktionen werden längst nicht von allen Ländern unterstützt. Lateinamerika, Afrika, Süd- und Südostasien halten sich fast komplett raus und einige Länder haben bereits signalisiert, dass sie durch die Embargo-Politik freiwerdende russische Rohstoffe dankend annehmen werden, zumal die russische Seite auch noch freundliche Rabatte spendiert.

So hat die indische Regierung, unbeeindruckt von allen Kriegsverbrechen Putins, eine Intensivierung des Handels mit Russland beschlossen. Die Importe von Erdöl, Koks und Sonnenblumenöl werden stark erhöht: "Warum sollte ich es nicht kaufen? Ich brauche es für mein Volk", erklärt die indische Finanzministerin Nirmala Sitharaman mit Unschuldsmiene. Indien ist nur *ein* Beispiel: Russische Kohle und russisches Erdöl werden in jedem Fall ihren Markt finden, zumal das globale Öl-Angebot knapp und kaum noch steigerungsfähig ist. Wenn künftig mehr saudisches, iranisches oder kuwaitisches Öl nach Europa und in die USA fließen soll, dann wird in anderen Ländern das dort abgezogene arabische Öl durch russisches ersetzt. Eine Deckung der gewaltigen globalen Öl-Nachfrage von derzeit täglich 99 Millionen Barrel ist ohne Russland, den drittgrößten Öl-Förderer und größten Öl-Exporteur der Welt, nicht möglich. Ohnehin ist das Ressourcenland Russland für weite Teile der Welt ein unverzichtbarer Lieferant von Rohstoffen.

Beim Erdgas geht der größte Teil der russischen Förderung leitungsgebunden nach Europa. Ein EU-Embargo würde Russland in der Tat hart treffen, aber auch die eigenen Volkswirtschaften. Flüssiggas aus den USA, aus Katar oder den Emiraten soll bis Ende 2024 die Lücke zu großen Teilen füllen. Doch das riesige Volumen der Gazprom-Lieferungen nach Deutschland und in die EU können andere Anbieter unmöglich in wenigen Jahren ersetzen. Die US-Energiebehörde EIA erwartet in diesem Jahr – gesegnet mit exzessivem Optimismus – eine Steigerung der US-Gasproduktion um 4,05 Prozent. Selbst wenn dieser zusätzliche Ausstoß des größten Gas-Produzenten komplett nach Europa ginge, wäre es nur der berühmte Fliegenschiss. LNG-Großabnehmer wie China, Südkorea, Japan und Brasilien, die führenden Einkäufer von US-Erdgas, werden kaum bereit sein, den Europäern größere Anteile zu überlassen. In einem ohnehin schon engen Markt ist an den Spotmärkten also ein Hauen und Stechen zu erwarten mit womöglich weiteren Preisexplosionen.

Die Gasspeicher befanden sich sowohl in Europa als auch in den USA nach Ende des Winters auf ungewöhnlich niedrigem Niveau. Der globale Run aufs Erdgas ist ungebrochen, vor allem China, der größte Importeur von Flüssiggas, steigert seine Nachfrage Jahr für Jahr mit fast naturgesetzlicher Konstanz. Ergo: Die Versorgungslage ist kritisch, die Endlichkeit einer Ressource erscheint am Horizont: „Gegenwärtig gibt es in den USA kaum Überschusskapazitäten, um an irgendetwas mehr LNG zu exportieren“, bilanziert McKinsey-Marktbeobachter Wolf Richter.

Zudem: Wo ist die Infrastruktur? Es fehlt nicht nur an *Import*stationen wie in Deutschland, sondern auch an zusätzlichen *Export*terminals mit freien Kapazitäten und an Pipelines, die diese Terminals mit Gas zur Verflüssigung versorgen. In Deutschland dürfte der Bau von LNG-Terminals, wie etwa in Brunsbüttel geplant, mindestens drei bis vier, im schlechtesten Fall sechs oder sieben Jahre dauern. Bleiben also nur schwimmende LNG-Terminals, sprich große Versorgungsschiffe als Not- und Übergangslösung.

In der hektischen Suche nach neuen Versorgungspfaden gehen dringende Aufforderungen zu einer ganz anderen Strategie komplett unter: den Energieverbrauch drastisch zu senken und damit zugleich die Preise für fossile Rohstoffe in die Knie zu zwingen. Dass es funktionieren kann, hat eindrucksvoll der massive Energierückgang zu Beginn der Coronapandemie gezeigt. Der Ölpreis fiel wie ein Stein und erreichte zeitweise negative Notierungen, danach blieb er lange unter 40 Dollar. Aktuell liegt er bei 110 Dollar.

Das jetzt notwendige Feuerwerk an Energiesparmaßnahmen existiert bisher nur in den Forderungskatalogen der NGOs. Dass auch die Internationale Energieagentur IEA in fast schon verzweifeltem Ton die OECD-Länder in ungewohnter Dringlichkeit zu Sparmaßnahmen aufruft, ist weitgehend ignoriert worden. Neben den Vorschlägen zu einer neuen Gaspolitik ist vor allem der „Zehn-Punkte-Plan zur Senkung des Ölverbrauchs“ der Pariser Agentur erstaunlich. Tonlage und Konkretion sind ungewöhnlich, das fängt schon damit an, dass das Papier nicht in der gewohnten Amtssprache Englisch, sondern gleich fünfsprachig vorgelegt wurde, darunter auch eine japanische Übersetzung. Die wichtigsten Punkte, die vor allem den Verkehrssektor als größten Öl-Verbraucher betreffen:

- Wechselnde Fahrverbote für Privatautos in Großstädten, mal für gerade, mal für ungerade Nummernschilder
- Senkung der Tempolimits auf Autobahnen; für Deutschland heißt das: erstmal ein Tempolimit einführen
- Homeoffice möglichst dreimal die Woche
- Autofreie Sonntage
- Keine Kurzstreckenflüge mehr

Würde der Plan umgesetzt, könnten nach Berechnungen der IEA täglich 2,7 Millionen Barrel Öl eingespart werden, so die mit halbamtlicher Kompetenz ausgestattete Agentur. Die IEA wurde selbst aus der Energienot geboren, die Gründung erfolgte nach der Ölkrise der 1970er Jahre. Als Wachhund der OECD soll sie die Energiemärkte kritisch im Blick behalten. Jetzt, in der schlimmsten Energiekrise seit Gründung der IEA, bellt der Hund wie verrückt – und keiner hört hin.

**Jenseits aller ernst gemeinten Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine zeigt sich dann doch: Die Beibehaltung unseres extremen Energieverbrauchs und der auto- und flugzeugfixierten Mobilität sind uns allemal wichtiger, als Putins fossilen Supermarkt durch konsequentes Energiesparen zu attackieren. Zuerst der SUV, der Shopping-Flug nach München und der eigene warme Hintern, dann das Grauen in der Ukraine. Die eine Welt geht unter, die andere ist in Ordnung, solange das Handy aufgeladen und der Tiefergelegte vollgetankt ist.**